

Badge-Basar geht weiter

Lobbying Das Parlament ringt um strengere Regeln für Interessenvertreter. Der neuste Vorschlag, der die Zahl der Zutrittsausweise für Lobbyisten verringern will, fällt jedoch durch.

Maja Briner

Als die Kasachstan-Affäre vor drei Jahren aufflog, erschallte der Ruf nach strengeren Regeln für Lobbyisten aus allen Ecken. Nun liegt als Ergebnis davon ein Vorschlag auf dem Tisch, der den Zugang für Interessenvertreter zum Bundeshaus einschränken will: Jeder Parlamentarier soll künftig nur noch einem Lobbyisten einen dauerhaften Zutrittsausweis geben können. Heute kann jeder zwei solcher «Götti-Badges» frei vergeben – an Verwandte, persönliche Mitarbeitende oder Lobbyisten.

Der Vorschlag der Staatspolitischen Kommission des Ständerats stösst jedoch auf breiten Widerstand. Noch unter dem Eindruck der Kasachstan-Affäre, bei der es unter anderem um von Lobbyisten verfasste Vorstösse ging, hatte sich das Parlament 2016 im Grundsatz für einen Systemwechsel beim Zutritt ausgesprochen. Doch nun treten die Bürgerlichen auf die Bremse: Das aktuelle System funktioniere gut, eine Änderung sei unnötig, argumentieren CVP, FDP und SVP im Rahmen der Vernehmlassung, die heute endet.

Der Vorschlag der Kommission würde der Transparenz sogar schaden, warnt FDP-Vizeprä-

sident Christian Wasserfallen. Bei einer Beschränkung der Badges würden sich Interessenvertreter vermehrt ausserhalb des Bundeshauses mit Parlamentariern treffen, sagt der Berner: «Das führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Transparenz.» Profitieren von der Neuregelung würden nur die Restaurants in der Nähe des Bundeshauses, sagt er: «Für sie wäre es quasi eine Konjunkturförderung.»

SP: Unabhängige Stelle soll Badges vergeben

Unzufrieden ist jedoch auch die Linke – allerdings aus einem andern Grund: Ihr geht der Vorschlag zu wenig weit. Sie möchte das ganze System umbauen. SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (BE) fordert, dass nicht mehr die Parlamentarier die Badges vergeben. Stattdessen soll eine unabhängige Stelle darüber entscheiden. «Nur dies gewährleistet eine sachliche und transparente Vergabe», sagt sie.

Widerstand gegen die Beschränkung der Zutrittsausweise kommt auch von der Spag, dem Verband der professionellen Lobbyisten. Das Buhlen um die Badges würde dadurch noch verschärft, befürchtet die Spag. Das heutige Badge-System sei sowieso fragwürdig, da es Abhängig-



Parlamentarier und Lobbyisten diskutieren auf dem Balkon vor der Wandelhalle. Bild: Peter Klauzner/Keystone

keiten schaffe. «Und es wird noch fragwürdiger, wenn die Menge an Badges kleiner wird», sagt Präsident Stefan Kilchenmann. Die Spag fordert stattdessen die Einführung eines Akkreditierungssystems. Im Ständerat

ist dieser Vorschlag jedoch bereits einmal gescheitert. Gegner befürchten, dass die Zahl der Interessenvertreter steigen würde. Das Bundeshaus würde «mit umsatzgeringen Lobbyisten geradezu überschwemmt», warnte etwa

Thomas Minder (parteilos/SH). Nach Ansicht der Linken könnte man die Zahl der Ausweise falls nötig beschränken. Davon will allerdings die Spag wiederum nichts wissen. Spag-Präsident Kilchenmann geht davon aus,

dass sich nicht mehr als 200 Lobbyisten akkreditieren würden. Bei allem Widerstand gegen eine Änderung des Badge-Systems: Auch die Bürgerlichen zeigen sich bereit, punktuell mehr Transparenz zu schaffen.

FDP und SVP unterstützen den Vorschlag der Kommission, dass Lobbyisten ihre Auftraggeber und Mandate offenlegen müssen. Momentan sind sie lediglich dazu verpflichtet, ihren Arbeitgeber anzugeben. Bei Angestellten von PR-Firmen bleibt dadurch unklar, für welche Anliegen sie weibeln. Diese Lücke müsse geschlossen werden, forderte FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) bereits 2015. «Es ist wichtig, dass Interessenvertreter ihre Mandate offenlegen müssen», sagt er heute.

Gelten soll die Vorschrift auch für ehemalige Parlamentarier, die als Lobbyisten im Bundeshaus unterwegs sind. Zudem sollen National- und Ständeräte Gäste, die sie ins Bundeshaus einladen, stets begleiten müssen. So will die Kommission vermeiden, dass Lobbyisten als Tagesbesucher die Zutrittsregelungen umgehen können. Diese Änderungen seien wichtig, sagt Caroni: «Es ist nur eine Mini-Reform, aber sie bringt ein paar kleine, feine Verbesserungen.»

Bauskandal wird extern untersucht

Kartell Die Bündner Regierung lässt die Vorgänge um die illegalen Preisabsprachen im Hoch- und Tiefbau durch eine unabhängige Person von ausserhalb des Kantons unter die Lupe nehmen. Das gab die Exekutive gestern bekannt. Untersucht werden die Vergabeabläufe im kantonalen Tiefbauamt zwischen 2004 und 2012. Unabhängig davon werden laut Regierung auch die Sachverhalte um einen Polizeieinsatz gegen einen Whistleblower im gleichen Bauskandal abgeklärt.

Das Online-Magazin «Republik» hatte darüber ausführlich berichtet. Die illegalen Absprachen sind schweizweit der bisher grösste aufgeflogene Fall von Manipulationen auf dem Bau. Die Weko sprach gegen die Baufirmen Bussen von total 7,5 Millionen Franken aus. (sda)

Auslandschweizer bekommen eigene Seite im Pass

Ehrung Der Schweizer Pass wird komplett überarbeitet. Im neuen Ausweis will der Bund auch die im Ausland lebenden 750 000 Schweizerinnen und Schweizer würdigen.

Es muss etwas auf sich haben mit dieser Auslandschweiz. Das zeigt sich schon daran, dass sie zu einem stehenden Begriff geworden ist – als fixe Wortkomposition, ohne Bindestrich oder Anführungszeichen. Ist von der Auslandschweiz die Rede, dann sind die über 750 000 Schweizer mit Wohnsitz fernab ihres Heimatlandes gemeint. Wäre die Auslandschweiz ein Kanton, würde sie einwohnermässig gleich nach Zürich, Bern und Waadt folgen. Bald dürfte sie zur Nummer drei aufsteigen, denn die Schweizer Diaspora wächst gemäss offiziellen Statistiken ungebrochen.

Nun will der Bund der Auslandschweiz offiziell die Ehre er-

weisen – in einem Dokument, das symbolträchtiger kaum sein könnte: Im Schweizer Pass soll ihr künftig eine eigene Seite gewidmet sein. Das geht aus dem soeben publizierten Jahresbericht des Bundesamts für Polizei (Fedpol) hervor. Sprecher Niklaus Sarbach spricht von einer «Würdigung für all jene Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland leben».

Jeder Kanton präsentiert

Der Schweizer Pass soll um das Jahr 2020 herum neu aufgelegt werden. Laut Fedpol wird dabei auch das Design überarbeitet. Erneuert werden die Pässe aber

vor allem, um sie vor potenziellen Fälschern zu schützen. Am bewährten Konzept ändert sich grundsätzlich nichts. Es war der Genfer Grafiker Roger Pfund, der im 2003 erschienenen Schweizer Pass erstmals die Idee umgesetzt hat, jeden der 26 Kantone auf einer eigenen Seite zu präsentieren. Die entsprechenden Seiten stehen für Visa und Stempel zur Verfügung.

Die Stände werden jeweils von einem stilisierten Wappen und einem, so nennen es die Behörden, «architektonischen Element» repräsentiert. Jeder Kanton durfte selbst bestimmen, welches Bauwerk gezeigt werden soll. Viele setzen auf klassische

Wahrzeichen: Luzern etwa auf die Kapellbrücke. Andere entschieden sich für eher Unerwartetes. So wird Solothurn mit der in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannten Spiraltreppe im Rathaus symbolisiert.

Von Palau bis Jemen und Nordkorea

Ob an den bestehenden Sujets der Kantone festgehalten wird, ist noch nicht bekannt, wie Fedpol-Sprecher Sarbach erklärt. «Aber schon bald werden wir mehr Details zum Design veröffentlichen können.» Dann dürfte auch klar sein, in welcher Form die Auslandschweiz visuell dargestellt wird; über ein eigentli-

ches Wahrzeichen oder gar ein Wappen verfügt sie ja nicht.

Darüber hinaus verteilen sich die Auslandschweizer auf alle Staaten dieser Erde. Selbst auf Palau, im Jemen und in Nordkorea sind Menschen mit dem roten Pass gemeldet. Da eine visuelle Klammer zu finden, dürfte für Grafiker eine Herausforderung darstellen. Immerhin mangelt es wohl kaum an Pathos, um die Auslandschweiz zu symbolisieren. Schliesslich ist der Pass ein Dokument, das nicht nur Türen zu anderen Ländern öffnet, sondern auch in der Fremde identitätsstiftend wirkt.

Sven Altermatt

ANZEIGE

Wer nichts über kinderlose Paare liest, kann nichts über **Familien** sagen.

Über News zu berichten, ist unser Job. Mit klaren Worten komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen, unsere Passion. Und so eröffnen wir Ihnen mit fundiert recherchierten Artikeln überraschende Einblicke in die Welt – und Ihre Region. Der Grund, warum unsere Leserinnen und Leser immer etwas zu sagen haben. **Mehr Infos unter luzernerzeitung.ch oder 041 429 53 53.**



Luzerner Zeitung

Zuger Zeitung

Nidwaldner Zeitung

Obwaldner Zeitung

Urner Zeitung

Zentralschweiz am Sonntag

luzernerzeitung.ch